

Ein antiamerikanisches Jahrhundert?

Entwarnung: Europa lehnt nicht ab, was Amerika ist, sondern was Washington tut

Paul Hockenos | **Die Ära Bush hat das Vertrauen der Europäer in Amerika nachhaltig beschädigt. Doch wie tief sitzt die Abneigung? Was ist platte Amerika-Schelte und was ernst zu nehmende Kritik an der politischen Führung des Landes? Und wird ein möglicher Regierungswechsel hin zu Barack Obama die transatlantische Beziehungskrise wieder beenden?**

Antiamerikanismus ist schwer zu messen. Seit Jahrzehnten kämpfen Sozialwissenschaftler mit dem Problem, zwischen einer auf Stereotypen basierenden Abneigung gegen das Land und seine Bevölkerung und der legitimen, kritischen Auseinandersetzung mit der US-Politik zu unterscheiden. Eine vereinfachende Abgrenzung zwischen Amerika-Bashing und rationaler Kritik leistet die Frage, ob abgelehnt wird, was Amerika ist oder was Amerika tut.

Die Wissenschaftler sind sich einig: Die negativen Gefühle der Europäer den USA sowie ihrer Politik gegenüber haben sich seit 2002 verstärkt. Offensichtlich brachte der 11. September – mit seinen verschiedenen Bewertungen und Reaktionen – brodelnde transatlantische Verstimmungen zum Überkochen. Eine Mei-

nungsumfrage nach der anderen zeigte, wie das Vertrauen der Europäer in Amerika und ihre Unterstützung für die US-Außenpolitik schwand. Nur noch 36 Prozent der Europäer halten es für wünschenswert, dass die USA eine Führungsrolle in der Welt haben – ein Tiefpunkt seit dem Ende des Kalten Krieges. Noch niedriger ist die Zustimmung zur außenpolitischen Performance der Bush-Regierung: Dürftige 17 Prozent sprechen sich für sie aus.

Wie aussagekräftig sind diese Zahlen für den europäischen Antiamerikanismus? Sie zeigen, dass sowohl Bevölkerung als auch Eliten Washingtons Unilateralismus, gewaltsame Konfliktlösungen und die amerikanische Geringschätzung internationaler Abkommen scharf kritisieren. Europäer empfinden die

amerikanischen Bestrebungen als destabilisierend und gefährlich.

Der amerikanische Politologe Andrei S. Markovits kommt als einziger der hier besprochenen Autoren zu der klaren Überzeugung, dass eine unvergleichliche, wenn auch historisch nicht einzigartige Antiamerikanismus-Welle Europa überrollt. In seinem Buch „Uncouth Nation“ bezeichnet Markovits die europäische Feindseligkeit gegenüber „allem amerikanischen“ als ein „europaweites Ressentiment gegen Amerika, das weit über Politik, Institutionen und Regierung der USA hinausgeht“. Anstatt wie früher hinter vorgehaltener Hand geäußert zu werden, sei krasser Antiamerikanismus heute in Europa salonfähig. Dabei ist Markovits ein fortschrittlicher, respektierter Intellektueller, links von der Mitte stehend, der an der Universität von Michigan lehrt. Er unterstützte nicht den Irak-Krieg, im Gegensatz zu vielen, die die europäische Kritik an der US-Intervention als Antiamerikanismus auffassen.

Markovits erklärt die Veränderungen in den Meinungsumfragen damit, dass die umstrittene Außenpolitik der Bush-Regierung einen Amerika-Hass, der seit langem in Europa schwelte, lediglich zum Vorschein gebracht habe. Bevor „Amerika überhaupt eine Weltmacht, ja ein unabhängiger Staat war, kursierten bereits die gängigen Vorurteile über eine vulgäre, mittelmaßige und gekünstelte Kultur“.

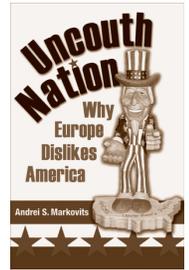
Die europäische Abneigung gegenüber allem Amerikanischen habe die Sympathien stets überwogen, meint Markovits. An Beispielen aus dem 18. und 19. Jahrhundert zeigt er, wie Amerika immer wieder gescholten

wurde, es sei ahistorisch, entwurzelt und unfähig, europäische Kultur und politische Strukturen zu übernehmen. Keine Geringeren als Hegel und Goethe zieht er dazu heran.

Die Rechten beschimpften laut Markovits die Neue Welt als einen modernen, materialistischen, hedonistischen und zu allem Überfluss von Juden regierten Staat. Für linke Antiamerikaner seien die USA eine imperialistische Macht – verbündet mit dem globalen Judentum, verkörpert durch das zionistische Israel.

Ganz falsch liegt Markovits mit seiner Analyse insofern nicht, als Antiamerikanismus in Europa durchaus lebendig ist. Als Amerikaner, der seit zwei Jahrzehnten in Europa lebt, sind mir immer wieder stereotype Amerika-Bilder begegnet, an denen Europäer gerne festhalten – auch die Gebildeten und Weltläufigen. Besonders weit verbreitet sind sie unter den Radikalen des rechten wie linken Randes, sowohl aus Ost- wie Westeuropa. Ich denke aber, dass Markovits sich hinsichtlich der Tragweite des Phänomens irrt. Verschiedene Studien belegen, dass der Europa inhärente „strukturelle Antiamerikanismus“ in Wirklichkeit recht unbedeutend ist: In Großbritannien, Italien, Deutschland und Frankreich bewegt er sich um die zehn Prozent, die nur in Zeiten transatlantischer Krisen deutlich überschritten werden.

Dennoch entdeckt Markovits Antiamerikanismus überall in Europa, nicht nur bei deutschen Sozialdemokraten, österreichischen Rechtsradikalen, englischen Literaten und Franzosen (tatsächlich sind laut Umfragen die Griechen am amerikafeindlichsten). Markovits weist auf die Doppel-



Andrei S. Markovits:
Uncouth Nation: Why Europe Dislikes America.
Princeton University Press 2007,
302 Seiten, 24,95 \$

deutigkeiten dieser Haltung hin: Die Reaktion des damaligen deutschen Kanzlers Gerhard Schröder auf den Irak-Krieg nimmt er als Beispiel, wie Europas Eliten in amerikafeindliche Haltungen verfielen, wenn sie ihnen nützten. Während des Wahlkampfs 2002 hatte Schröder sich tatsächlich zu platten populistischen Parolen hinreißen lassen.

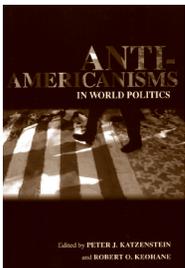
Die ablehnende Haltung der deutschen Bevölkerung sowie der Eliten gegenüber dem Irak-Krieg gründete sich jedoch ursprünglich nicht auf eine antiamerikanische Haltung. Schließlich hatte Deutschland sich 1999 am NATO-geführten Krieg gegen Serbien beteiligt und nach dem 11. September den Angriff auf die Taliban und den Krieg gegen den Terrorismus unterstützt – mit breiter Zustimmung der Bevölkerung. Umfragen kurz nach dem 11. September zeigen eine große Solidarität mit den USA. Diese nahm allerdings in dem Maße ab, in dem die Uneinigkeit zwischen der Bush-Regierung und den Europäern über die Bekämpfung des Terrorismus sich verstärkte. Viele Deutsche sehen im militärischen Weg nur eine von vielen Handlungsmöglichkeiten im Kampf gegen den Terrorismus neben Diplomatie, Dialog mit der islamischen Welt, Demokratie- und Hilfsprogrammen sowie einem Friedensabkommen zwischen Israel und Palästina.

Letztlich ist Markovits' Ansatz, die europäische Kritik am Irak-Krieg mit Antiamerikanismus zu erklären, unpolitisch. Er vermischt platte Amerika-Schelte mit begründeter Kritik an der Bush-Regierung und beraubt somit letztere ihres politischen Inhalts. Damit spielt er den Neokonservativen in die Hände – nutzen doch die Befür-

worter des Irak-Kriegs und Verfechter der Bush-Politik eben diese Argumente. So diskreditieren sie jede Kritik an der US-Politik, egal ob es sich um Klimawandel, den Umgang mit den UN oder Menschenrechte in Guantánamo oder Abu Ghraib handelt. Markovits wird seinem eigenen Anspruch, Antiamerikanismus von sachlich divergierenden Meinungen zu unterscheiden, nicht gerecht.

Die hochinteressante Studie der amerikanischen Politologen Robert Keohane und Peter J. Katzenstein „Anti-Americanisms in World Politics“ belegt, dass negative Haltungen gegenüber den USA selbst zu ihren Hochzeiten keinerlei Einfluss auf die europäische Politik hatten und ebenso wenig auf Handel, Tourismus oder das Kaufverhalten. In verschiedenen Umfragen geben Europäer an, dass sie erstens wegen des Krieges im Irak und zweitens wegen George W. Bush das Vertrauen in die USA verloren hätten. Die Tatsache, dass Barack Obama große Sympathien genießt, unterstreicht, dass es sich um spezifische Kritik handelt und nicht um allgemeine Abneigung.

Historisch betrachtet war Europas Haltung Amerika gegenüber keineswegs immer einseitig negativ. In *Aus Politik und Zeitgeschichte* erörtert die Historikerin Jessica Gienow-Hecht, wie eine starke proamerikanische Haltung immer neben den bestehenden Vorurteilen existierte und letztlich mit diesen zusammenhängt. In den ersten Jahrzehnten nach der Amerikanischen Revolution waren die Europäer voller Enthusiasmus über den neuen Staat, den einzigen, der nach der Französischen Revolution die Ideale der Aufklärung bewahrte.



Peter J. Katzenstein und Robert O. Keohane:
Anti-Americanisms in World Politics.
Ithaca, NY: Cornell University Press
2006, 351 Seiten,
24,95 \$

Amerikas Jugend, Modernismus und sein lebendiges Konzept von Freiheit – alles Qualitäten, die romantische Nationalisten schlecht machten – beflügelten die Fantasie liberaler Europäer, unter ihnen Goethe und Hegel, und brachten Millionen dazu, auszuwandern. Gienow-Hecht argumentiert überzeugend, dass Antiamerikanismus häufig entstand, wenn diese Idealvorstellungen enttäuscht wurden.

Wie viele der deutschen 68-er geben zu, dass Amerika die deutsche Campusrevolte und die daran anschließende „Kulturrevolution“ entscheidend beeinflusst hat? Während sie gegen den Vietnam-Krieg und den Imperialismus der USA demonstrierten, waren sie sich durchaus bewusst, dass die Formen ihres Protests aus Amerika kamen: Sit-ins, Teach-ins und andere Varianten zivilen Ungehorsams, übernommen von der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Ohne Dylans Songtexte, die Bücher von Kerouac und Ginsberg sowie Martin Luther King und das Free-Speech-Movement in Berkeley als Vorbilder wären ihre politischen Visionen unvorstellbar.

Wichtigste Bastion der deutschen Studentenbewegung war ausgerechnet die von den USA gestiftete Freie Universität in Berlin, gedacht als Gegenmaßnahme zur „nichtfreien“ Hochschule im Ostteil der Stadt. Die FU sollte eine neue, kritische, partizipatorische und demokratische Ethik im Nachkriegsdeutschland verankern. Dass die Studierenden diesen Anspruch so ernst nehmen würden, hatten die Amerikaner jedoch nicht gedacht. Folgt man Gienow-Hecht, so lässt sich urteilen, dass die protestie-

renden Studenten zum Teil schlicht und ergreifend wütend auf Amerika waren, weil es in Indochina und an anderen Orten in der Dritten Welt seine eigenen Prinzipien über Bord geworfen hatte.

Federico Romeros Essay „The Twilight of American Cultural Hegemony“ in David Farbers Band „What They Think of Us“ hebt die Debatte auf ein anderes Niveau. Die transatlantische Entfremdung ist nach Meinung des italienischen Historikers das Ergebnis eines grundlegenden kulturellen und sozialen Bruchs, der mit dem Ende des Kalten Krieges entstanden war. Während des Ost-West-Konflikts herrschte Einigkeit darüber, was „westlich“ und „der Westen“ bedeutete. Das Nachkriegseuropa war schwach, die amerikanische Führungsrolle unumstritten.

Jüngere Generationen, die im Zeitalter der Massenmedien aufwuchsen, konnten mit den Alleinstellungsmerkmalen Europas wenig anfangen. Im Gegensatz zu Markovits – aber in der Argumentation Keohane und Katzenstein sehr ähnlich – kommt Romero zum Schluss, dass überzeugte Amerika-Hasser zunehmend von den Anhängern amerikanischer Modernisierungstendenzen verdrängt wurden: „In den achtziger Jahren konnte der traditionelle Antiamerikanismus mit Recht als ein Relikt der Vergangenheit abgetan werden, und die Öffentlichkeit feierte immer öfter das Entstehen einer homogenen transatlantischen Gesellschaft.“

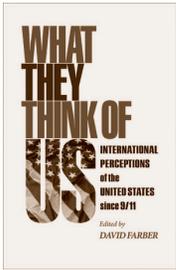
Gegen Ende des Kalten Krieges veränderte sich nicht nur Europas strategische Abhängigkeit von Washington, es löste sich auch von den USA als ökonomischem Modell, kul-



Jessica Gienow-Hecht:

„Europäischer Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert“.

Aus Politik und Zeitgeschichte
5-6/2008, S. 33-38



David Farber:
What They Think of Us: International Perceptions of the United States since 9/11.

Princeton University Press 2007, 200
 Seiten, 25,95 \$

turellem Mekka und politischem Vorbild. Europa war deutlich selbstbewusster, die kulturelle Präsenz Amerikas schwand. Soziale Veränderungen auf beiden Seiten, Unterschiede in Religion, Demografie, der Verteilung des Wohlstands und Migrationsmustern verstärkten diesen Trend. Zudem orientiert sich eine in einer globalisierten Welt aufgewachsene Generation nicht mehr an einem kulturellen Hegemon. Junge Menschen in Westeuropa brauchen die USA wesentlich weniger als ihre 68er-Eltern.

Diese Veränderungen hängen laut Romero mit dem europäischen Selbstverständnis zusammen, das auf den Prinzipien eines „sozialen Modells“ der kollektiven Solidarität, der Säkularität, des Wohlfahrtsstaats, der post-nationalistisch Teile seiner Souveränität abgibt, sowie der bürgerlichen Freiheiten und des Umweltbewusstseins basiert. Selbst Europäer, welche die strategische Vorherrschaft der USA befürworten, sind immer überzeugter, dass das europäische Modell humaner und effektiver ist als das amerikanische. Die europäische Zukunftsvision hat die amerikanische abgelöst, wie Jeremy Rifkin es in seinem 2004 erschienenen Buch „The European Dream“ darstellt.

Aus diesen Unterschieden wurde ein Bruch, als George W. Bush 2002 seinen Kampf gegen den Terror startete und Amerika auf der internationalen Bühne zunehmend seine militärischen Muskeln spielen ließ. Die Entfremdung beruht nicht nur auf anderen Prioritäten, sondern auch auf verschiedenen Vorstellungen

davon, wie die Beziehungen zum Rest der Welt zu gestalten sind.

Während des Kalten Krieges hatte es stets Differenzen gegeben, aber niemand hätte jemals von einem vollständigen „europäischen Alternativmodell“ gesprochen. Das änderte sich erst mit dem Ende der bipolaren Ära, der Erweiterung und politischen Integration Europas und dem Beginn einer europäischen Außenpolitik. Die EU setzt auf Soft Power, Multilateralismus, Konfliktprävention und internationale Justiz und entwickelt auf dieser Grundlage unabhängigere Sicherheits- und Verhandlungsstrategien.

Die beschriebenen politischen, sozialen und kulturellen Unterschiede beziehen sich natürlich auf das, was Amerika ist, und nicht nur darauf, was Amerika tut. Solange man die Differenzen auf der Basis rationaler Analysen statt als Folge von reflexartigen Antipathien unternimmt, werden zwei verschiedene Optionen legitim gegenübergestellt. Es kann passieren, dass eine längere transatlantische Krise den Kreis der irrationalen Antiamerikanisten in Europa vergrößert. Noch ist es nicht so weit. Doch ich befürchte, dass die Bush-Jahre die Anziehungskraft der USA als Vorbild nachhaltig beschädigt haben.



PAUL HOCKENOS ist Global Editor der IP und Autor von „Joschka Fischer and the Berlin Republic: An Alternative History of Postwar Germany“ (2008).

Wie wir in der Krise wachsen

Der Ruf nach einem Paradigmenwechsel: Neue Bücher zur Weltwirtschaft

Katharina Gnath | **Kann in einer globalisierten Wirtschaft Wohlstand für viele gegeneinander oder nur miteinander gewonnen werden? Wie ist angesichts der ökologischen Probleme des 21. Jahrhunderts überhaupt Wachstum möglich? Prominente Ökonomen und ein Publizist geben in drei Neuerscheinungen und einem aktualisierten Werk unterschiedliche Antworten.**

Wer internationale Starköche um einen Herd versammelt, der muss nicht unbedingt auf neue, revolutionäre Rezepte stoßen. Es kann sogar passieren, dass jeder nur sein Süsschen kocht und zuletzt nicht mal ein stimmiges Menü auf den Tisch kommt. So ist es Beatrice Weder di Mauro ergangen, einer der fünf Wirtschaftsweisen und Ökonomie-Professorin an der Universität Mainz. Sie hat namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammengetrommelt, um wegweisende Ideen für Wachstum und Wohlstand zu präsentieren. Autoren wie Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank, Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, der Dalai Lama oder die Präsidentin Liberias, Ellen Johnson Sirleaf, verkünden ihre Thesen und Auffassungen zu den „Chancen des Wachstums“.

Im zentralen Teil des Bandes, der auch den Titel gibt, stellt Eberhard von Koerber, Kopräsident des Club of Rome, dessen provozierende These der „Grenzen des Wachstums“ aus den siebziger Jahren rigoros infrage. Mehr als 30 Jahre später erkennt von Koerber einen Paradigmenwechsel zu „Chancen des Wachstums“. Doch ob

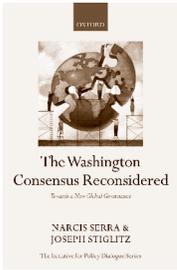
die Sorgen von damals, etwa „die Angst vor Bevölkerungswachstum und Nahrungsmittelknappheit und selbst jene um erschöpfbare Ressourcen“, im 21. Jahrhundert wirklich an politischer Brisanz verloren haben, wie der Autor behauptet, lässt angesichts der aktuellen Probleme grundsätzliche Zweifel an seiner Analyse aufkommen.

Projektträger des Bandes ist die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Diese steht und wirbt für mehr Eigeninitiative, Wettbewerb und eine promarktwirtschaftliche Reformagenda. Dadurch erscheinen die hier angebotenen Rezepte wie Strukturreformen und mehr unternehmerische Freiheit wenig überraschend.

Der nächste Sammelband bietet nachhaltigere Kost. Unter der Federführung von Narcis Serra, Präsident der Stiftung des Centre for International Relations and Development Studies in Barcelona, und dem US-Ökonomen und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz kommt ein Klassiker auf den Prüfstand und wird für das 21. Jahrhundert modernisiert: der Washington-Konsens. Dabei handelt es sich um ein Bündel von wirtschafts- und entwicklungspolitischen Maßnah-



Beatrice Weder di Mauro (Hrsg.): Chancen des Wachstums. Globale Perspektiven für den Wohlstand von morgen. Frankfurt und New York: Campus Verlag 2007, 371 Seiten, 24,90 €



Narcis Serra und Joseph E. Stiglitz (Hrsg.): *The Washington Consensus Reconsidered. Towards a New Global Governance.* Oxford und New York: Oxford University Press 2008, 384 Seiten, 24,99 €



Jeffrey D. Sachs: *Wohlstand für viele. Globale Wirtschaftspolitik in Zeiten der ökologischen und sozialen Krise.* München: Siedler Verlag 2008, 480 Seiten, 24,95 €

men, die in den neunziger Jahren von amerikanischen und internationalen Institutionen wie dem IWF in Washington propagiert und gefördert wurden.

Aufgrund seiner liberalen Grundsätze wie Marktwirtschaft und makroökonomische Disziplin wurde der Washington-Konsens vielfach mit Marktfundamentalismus gleichgesetzt. Hat er damals die richtigen Antworten geliefert und was taugt er heute? Darüber wird hier auf hohem Niveau diskutiert. Auch konkurrierende wissenschaftliche Ansichten von Experten werden vorgestellt, etwa die von Jeffrey Frankel und Martin Khor über den Nutzen von Handelsliberalisierungen. Obwohl sich die Autoren in ihren Analysen und Lösungsansätzen unterscheiden, sind sie sich in einem einig: Der Washington-Konsens hat nicht die Antwort auf alle entwicklungspolitischen Probleme geliefert und weist sowohl empirische als auch theoretische Unzulänglichkeiten auf.

Im letzten Teil des Bandes von Serra und Stiglitz werden konsequenterweise Ansätze für einen neuen Entwicklungsrahmen – einen „Post-Washington-Konsens-Konsens“ – entwickelt. Die Autoren legen einen stärkeren Fokus auf gutes Regieren und Institutionenbildung als Voraussetzungen für Wachstum und Wohlstand. Dem Staat räumen sie eine größere Rolle ein, wenn es um Verteilungsgerechtigkeit, Umweltschutz, Nachhaltigkeit oder um Marktversagen etwa im Bereich Forschung und Technologie geht. Darüber hinaus fordern die Autoren, individuelle Gegebenheiten der Entwicklungsländer jenseits des One-size-fits-all-Prinzips besser zu be-

rücksichtigen. Alle Beiträge zeichnen sich durch Detailfülle und ein solides theoretisches Fundament aus – mit dem bitteren Beigeschmack, dass sie für Fachfremde manchmal schwer verdaulich sind.

Ein Weiter-so bringt uns jedenfalls nicht voran. Das führt uns Jeffrey Sachs, Entwicklungsökonom und Berater des UN-Generalsekretärs, anschaulich und mit klaren Worten vor Augen. Wir leben in einer globalen Schicksalsgemeinschaft und können die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie Umweltzerstörung, Bevölkerungswachstum und extreme Armut nur gemeinsam lösen oder gar nicht. Der englische Titel des Buches, „Common Wealth“ – gemeinsamer Wohlstand –, fasst die These allerdings prägnanter zusammen als die deutsche Übersetzung „Wohlstand für viele“.

Ähnlich wie Serra und Stiglitz fordert Sachs ein neues ökonomisches Paradigma. Für die Lösung der ökologischen und sozialen Krisen des 21. Jahrhunderts muss „die Dominanz des Marktes überwunden“ werden und der Staat eine aktivere und stärkere Rolle bekommen. Hier schlägt der Autor, der durch seine marktorientierten „Schocktherapien“ in Lateinamerika und Osteuropa in den neunziger Jahren berühmt wurde, nun selbst eine andere Argumentationsrichtung ein, für die er bereits in seinem letztem Werk, „Das Ende der Armut“, die Weichen gestellt hat.

Sachs ist einer der Vordenker des „Big push“. Entgegen vieler Expertenmeinungen rechnet er mit dem Mythos der Selbsthilfe ab: Zur Bekämpfung der globalen Armut ist eine erhebliche Anschubfinanzierung notwendig und sinnvoll.

Trotz der immensen globalen Herausforderungen, über die Sachs mit beeindruckend interdisziplinärer Kenntnis referiert (hier profitiert er vom Earth Institute an der Columbia University, dem er als Direktor vorsteht), bleibt sein Grundton optimistisch: Lediglich „bescheidene Investitionen zur Rettung der Welt“ sind nötig. Hier schwankt der Leser dann allerdings zwischen Verwunderung über so viel Naivität und Pathos sowie der Bewunderung für Sachs' ambitionierte Vision.

Seine Handlungsweisungen sind konkret und strukturiert. Dies führt dazu, dass sie sich zuweilen wie eine Einkaufsliste oder ein Selbsthilfe-Ratgeber lesen:

- vier Schritte zur Bewältigung des Klimawandels,
- sechs staatliche Maßnahmen zur Infrastrukturentwicklung,
- sieben Globale Fonds zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung.

Doch dies verzeiht man ihm gern angesichts der Fülle an Informationen und der guten Verständlichkeit, mit der Sachs selbst komplexe Zusammenhänge leicht verständlich serviert.

„Ein gutes Beispiel ist mehr wert als tausend Theorien“ – getreu diesem Motto beschreibt der *New York Times*-Kolumnist und mehrfache Pulitzer-Preisträger Thomas Friedman die Welt, in der wir leben. Wir befinden uns, so der Autor, im Zeitalter der Globalisierung 3.0. Es ist durch drei wesentliche Faktoren geprägt: „neue Mitspieler, ein neues, flaches Spielfeld und neuartige, horizontale Kooperation befördernde Prozesse und Praktiken“.

Sein Werk, bereits in 25 Sprachen übersetzt, millionenfach verkauft und

nun in einer erweiterten, aktualisierten Ausgabe in deutscher Sprache erschienen, unternimmt eine fesselnde Bestandsaufnahme dieser „flachen Welt“. Friedman führt seine Leser unterhaltsam auf die Spur moderner Phänomene – vom Offshoring und Outsourcing über globale Wertschöpfungsketten zur Internetvernetzung zwischen Individuen.

Der Pulitzer-Preisträger ist von einem gewissen Fortschrittsglauben erfüllt. Er geht davon aus, „dass die Globalisierung und die Einebnung der Welt, sofern wir keine geopolitische Explosion erleben, so selbstverständlich weiter voranschreiten wird, wie der Tag auf die Nacht folgt“. Alle Faktoren, die diese lineare Entwicklung gefährden könnten, etwa die „Machtlosen und Erniedrigten“ außerhalb der flachen Welt, knappe Ressourcen oder Umweltprobleme, kommen – obgleich erwähnt – in Friedmans Analyse zu kurz. Er gesteht auch freimütig ein, dass seine Deutung überspitzt ist und der Komplexität der Realität nicht immer gerecht wird. Dies ist jedoch auch nicht sein Anliegen: Wer differenzierte Globalisierungstheorien oder systematische Lösungsansätze sucht, wird hier nicht satt – die Stärke des Buches liegt in seinen besonderen Zutaten: seinem frischen, packenden Stil und vielen einprägsamen Beispielen.



Thomas L. Friedman:
Die Welt ist flach. Eine kurze Geschichte des 21. Jahrhunderts.
Frankfurt: Suhrkamp
Taschenbuch 2008,
720 Seiten, 15,00 €



KATHARINA GNATH ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Forschungsinstituts der DGAP und Leiterin des Programms „Globalisierung und Weltwirtschaft“.